

**3818**  
Bericht und Antrag  
des Regierungsrates an den Kantonsrat  
über die Bewilligung  
von Nachtragskreditbegehren  
für das Jahr 2000, III. Serie  
(vom 15. November 2000)

Gestützt auf § 29 des Finanzhaushaltsgesetzes und § 63 Abs. 2 der Verordnung über die Finanzverwaltung vom 10. März 1982 legt der Regierungsrat dem Kantonsrat das Verzeichnis der für das Jahr 2000 erforderlichen Nachtragskredite III. Serie vor und ersucht ihn um Bewilligung der nachfolgenden Mehrausgaben.

22	Direktion der Justiz und des Innern		
2207	Amt für Gemeinden und Berufliche Vorsorge		
3620	Betriebsbeiträge an Gemeinden		
	<i>Voranschlag Fr. 131'900'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 4'900'000</i>	1
	Mit Volksabstimmung vom 7. Februar 1999 wurde das Finanzausgleichsgesetz durch die Einfügung der §§ 35a-e ergänzt, um der Stadt Zürich in den Bereichen der Polizei, der Kultur und der Sozialhilfe pauschale Beiträge auszurichten. Der vom Regierungsrat 1999 für die Periode 1999-2001 festgesetzte jährliche pauschale Beitrag im Kulturbereich von Fr. 22'033'000 ist aufgrund einer Überprüfung des Datenmaterials um Fr. 2'450'000 auf Fr. 24'480'000 anzuheben. Die sich daraus ergebende Mehrabgeltung 1999 und 2000 beträgt insgesamt Fr. 4'900'000.		

3990	Übertragung aus Laufender Rechnung von Ämtern an Spezialfonds oder -finanzierungen <i>Voranschlag Fr. 8'087'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 36'000'000</i>	2
	Der Investitionsfonds nach Finanzausgleichsgesetz ist seit vielen Jahren verschuldet. Der zu erwartende gute Rechnungsabschluss 2000 bietet Gelegenheit, den Fonds im Sinne von FHG § 13 zu entschulden und damit von Altlasten zu befreien. Die Verschuldung wird sich per Ende 2000 voraussichtlich auf rund 36 Mio. Franken belaufen.	
2232	Kantonale Opferhilfestelle	
3199.300	Übriger Sachaufwand; Entschädigung und Genugtuung nach Opferhilfegesetz <i>Voranschlag Fr. 2'000'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 400'000</i>	3
	Zunahme der Opferhilfebegehren	
23	Direktion für Soziales und Sicherheit	
2302	Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus	
3620	Beiträge an Gemeinden <i>Voranschlag Fr. 640'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 110'000</i>	4
	Zunahme der Behandlungsaufwendungen der öffentlich-rechtlich organisierten Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich	
3650	Beiträge an private Institutionen <i>Voranschlag Fr. 1'365'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 320'000</i>	5
	Zunahme der Behandlungsaufwendungen der privatrechtlich organisierten Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich	
2330	Kantonales Sozialamt	
3620.100	Betriebsbeiträge an Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe <i>Voranschlag Fr. 11'500'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 1'500'000</i>	6
	Zunahme der von den Gemeinden ausgerichteten wirtschaftlichen Hilfe; definitive Berechnung des Staatsbeitrags 1999, der rückwirkend an die Gemeinden aufgrund ihrer Rechnungen zu zahlen ist.	

3620.200	Beiträge an Gemeinden; Kostenübernahme in Einzelfällen <i>Voranschlag Fr. 41'900'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 6'500'000</i>	7
	Zunahme der Fallzahlen und Fallkosten bei der Unterstützung von ausländischen Staatsangehörigen und von Schweizerinnen und Schweizern ohne festen Wohnsitz	
25	Finanzdirektion	
2540	Steuern (Globalbudget) Saldo Investitionsrechnung <i>Voranschlag Fr. 2'500'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 350'000</i>	8
	Mit dem Projekt Kommunikationsnetz Wertschriftenverzeichnis-Kontrolle (WV-K) beabsichtigen die Eidg. Steuerverwaltung und die Steuerverwaltungen sämtlicher Kantone, ein EDV-gestütztes Auskunfts- und Bewertungssystem aufzubauen. Das System ermöglicht einen schnelleren und verbesserten interkantonalen Datenaustausch sowie eine verbesserte Kommunikation mit der Eidg. Steuerverwaltung. Weiter dient WV-K als Grundlage für künftige Entwicklungen in der elektronischen Zusammenarbeit von Bund und Kantonen.	
2598	Buchgewinne/-verluste Liegenschaftenverwaltung	
3301	Abschreibung von Liegenschaften des Finanzvermögens <i>Voranschlag Fr. 3'800'000</i> <i>Nachtragskredit Fr. 24'426'000</i>	9
	Von der Finanzkontrolle geforderte Abschreibung der in die Freihaltezone umgezonten Teilflächen der Liegenschaft Weinegg in Zürich	

2599	Verrechnete Zinsen, Abschreibungen		
3320	Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern		
	<i>Voranschlag Fr. 173'000'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 60'000'000</i>	10
	<p>Im Hinblick auf die Überführung der Fernwärmeversorgung des Kantons Zürich in eine gemeinsame Aktiengesellschaft mit der Stadt Zürich soll das Anlagevermögen gemäss Konsolidiertem Entwicklungs- und Finanzplan 2001 – 2004 im Jahr 2002 vollständig abgeschrieben werden. Aufgrund der günstigen Konjunkturlage und des zu erwartenden guten Rechnungsabschlusses 2000 des Kantons Zürich werden die Abschreibungen im Sinne von FHG § 20 schon in diesem Jahr vorgenommen, um die Laufende Rechnung 2002 zu entlasten.</p>		
26	Volkswirtschaftsdirektion		
2640	Amt für Verkehr		
3990	Übertragung in den Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs		
	<i>Voranschlag Fr. 70'000'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 31'600'000</i>	11
	<p>Gemäss Konsolidiertem Entwicklungs- und Finanzplan 2001 – 2004 wird in der Laufenden Rechnung 2002 ein Aufwandüberschuss von 172 Mio. Franken erwartet. Im selben Jahr ist eine Einlage in den Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs von 95 Mio. Franken vorgesehen. Angesichts des zu erwartenden guten Rechnungsabschlusses 2000 wird der Fonds schon in diesem Jahr mit einer zusätzlichen Einlage von 31.6 Mio. Franken gespeist, um die Laufende Rechnung 2002 entsprechend zu entlasten.</p>		

27	Gesundheitsdirektion		
2700	Generalsekretariat		
5620	Investitionsbeiträge an Gemeinden für Neu- und Ausbauten, sonstige wertvermehrnde Aufwendungen von Krankenhäusern und -Pflegeschulen		
	<i>Voranschlag Fr. 35'800'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 5'000'000</i>	12
	<i>Nachtragskredit II. Serie Fr. 3'000'000</i>		
	Der Baufortschritt bei den vom Regierungsrat bereits bewilligten Projekten zur Sanierung des Stadtsitals Waid (Sanierung Bettenhäuser A+B, Sanierung und Umbau der Bettenhäuser E, F und G, Sanierung des Behandlungs- und Wirtschaftstrakts; Staatsbeitrag insgesamt rund 96 Mio. Franken) bedingt weitere Akontozahlungen. Der Nachtragskredit kann auf den Konten 2700.5640, Investitionsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen für Neu- und Ausbauten, sonstige wertvermehrnde Aufwendungen von Krankenhäusern und -Pflegeschulen (Fr. 4'000'000), und 2700.5650, Investitionsbeiträge an private Institutionen für Neu- und Ausbauten, sonstige wertvermehrnde Aufwendungen von Krankenhäusern und -Pflegeschulen (Fr. 1'000'000), kompensiert werden, so dass der Investitionsplafond eingehalten wird.		
2732	Patientinnen und Patienten in nichtstaatlichen psychiatrischen Kliniken		
3180	Kostgelder für Patientinnen und Patienten in nichtstaatlichen psych. Kliniken		
	<i>Voranschlag Fr. 72'960'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 3'000'000</i>	13
	Verzögerte Verlegung von Psychiatriepatienten in Wohnheime in der Klinik Schlössli (Fr. 750'000). Ausserordentliche Beförderungen und Stufenanstiege beim Pflegepersonal sowie allgemeine Rückgängigmachung der dreiprozentigen Besoldungskürzung (Klinik Schlössli Fr. 750'000, Klinik Bergheim Fr. 170'000, Klinik Kilchberg Fr. 540'000). Umwandlung von Langzeit- in Akutstationen in der Klinik Kilchberg und Zunahme an schwer kranken Akutpatienten erfordern zusätzliches Pflegepersonal (Klinik Kilchberg gesamthaft Fr. 760'000). Erhöhung Medikamentenkosten in allen Kliniken total Fr. 30'000.		

2737	Kinderpsychiatrischer Dienst		
3130	Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien		
	<i>Voranschlag Fr. 130'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 80'000</i>	14
	Mehraufwand für Therapie- und Betriebsmaterial aufgrund höherer Patientenzahlen. Zunahme an Kostgeldern und Taxen von Fr. 209'200.		
3136	Medizinische Bedürfnisse		
	<i>Voranschlag Fr. 48'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 22'000</i>	15
	Mehraufwand an Medikamenten und externen Laborleistungen in den Stationen und den Tageskliniken aufgrund höherer Patientenzahlen. Zunahme an Kostgeldern und Taxen von Fr. 209'200.		
29	Bildungsdirektion		
2920	Volksschulamt		
3620.700	Betriebsbeiträge an Gemeinden für Sonderschulung und –erziehung und den schulpsychologischen Dienst		
	<i>Voranschlag Fr. 22'965'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 2'900'000</i>	16
	<i>Nachtragskredit II. Serie Fr. 12'500'000</i>		
	Vermehrte Zuweisung von Kindern und Jugendlichen in Heime und Sonderschulen (Fr. 390'000). Mehrkosten entstehen durch vermehrte Zuwanderung von Flüchtlingen aus dem Kosovo, wirksam für die 2000 auszahlenden Staatsbeiträge an die Gemeinden und die besonderen albanisch-deutschen Klassen. Durch die grössere Zahl fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler entstehen auch Mehrkosten beim Deutschunterricht für fremdsprachige Volksschülerinnen.und -schüler In der Rechnung 1999 wurden Pauschalen an Gemeinden für 969 Schulkinder im Umfang von Fr. 2'061'307 entrichtet, in der Rechnung 2000 werden Pauschalen an Gemeinden für 1342 Schulkinder im Umfang von Fr. 3'435'887 entrichtet. Davon stammen rund 75% aus dem Kosovo. Zusätzlich hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von rund 4 Monaten auf 5 bis 6 Monate verlängert. Neu werden im Jahr 2000 Entschädigungen für Sonder-E-plus-Klassen für 226 Schulkinder im Umfang von		

Fr. 843'000 entrichtet. Somit ergibt sich für das Jahr 2000 eine Kostenbeteiligung von total Fr. 4'280'000 allein für Schulung der Kinder von Asylsuchenden, d.h. gegenüber dem budgetierten Betrag von Fr. 1'950'000 Mehraufwendungen von rund Fr. 2'400'000.

Zusätzliche sind an die Mundartkurse fremdsprachiger Kinder im Kindergarten aufgrund der vermehrten Zuwanderung (Fr. 100'000) zu leisten.

Weitere Mehrkosten ergeben sich durch Errichtung neuer und den Ausbau bestehender schulpsychologischer Dienste (Fr. 10'000).

2947	Lehrkräftebildung		
3640.100	Betriebsbeiträge an das Pestalozzianum Zürich; Stiftungsbeitrag		
	<i>Voranschlag Fr. 10'658'400</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 230'000</i>	17
	Mehraufwand BVK-Arbeitgeberbeiträge, da die Prämien- erhöhung im Zusammenhang mit dem Primatwechsel im Januar- brief 2000 noch nicht eingestellt wurde.		
8	Baudirektion		
8000	Generalsekretariat (Globalbudget) Saldo Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 24'608'850</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 18'000'000</i>	18
	Der Natur- und Heimatschutzfonds ist seit vielen Jahren verschuldet. Die Verschuldung wird sich per Ende 2000 voraussichtlich auf rund 38 Mio. Franken belaufen. Der zu erwartende gute Rechnungsabschluss 2000 bietet Gelegenheit, den Fonds im Sinne von FHG § 13 teilweise zu entschulden und damit von Altlasten zu befreien sowie den Weg für neue zukünftige Aufgaben zu ebnet.		

Zusammenstellung  
der Nachtragskreditbegehren  
III. Serie  
für das Jahr 2000

	Nr.	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.	
22	Direktion der Justiz und des Innern	1 - 3	41'300'000	41'300'000	
23	Direktion für Soziales und Sicherheit	4 - 7	8'430'000	8'430'000	
25	Finanzdirektion	8 - 10	84'426'000	350'000	84'776'000
26	Volkswirtschaftsdirektion	11	31'600'000		31'600'000
27	Gesundheitsdirektion	12 - 15	3'102'000	5'000'000	8'102'000
29	Bildungsdirektion	16 - 17	3'130'000		3'130'000
8	Baudirektion	18	18'000'000		18'000'000
			189'988'000	5'350'000	195'338'000
			=====	=====	=====

Die Nachtragskreditbegehren zur Entschuldung (Pos. 2 und 18) und Äufnung (Pos. 11) von Fonds sowie für die vollständige Abschreibung des Verwaltungsvermögens der Fernwärme (Pos. 10) gründen auf der Prognose, dass die Laufende Rechnung 2000 mit einem Ertragsüberschuss von 210 Mio. Franken abschliessen wird. Ziel ist eine ausgeglichene Laufende Rechnung 2000. Falls sich die Prognose nicht erfüllt und mit der vollen Ausschöpfung dieser Nachtragskredite ein Aufwandüberschuss entstehen würde, wären die entsprechenden Aufwendungen zur Entschuldung und Äufnung von Fonds zu Lasten der Rechnung 2000 bis zu deren Ausgleich anteilmässig zu kürzen. Falls dies zur Erreichung einer ausgeglichenen Rechnung 2000 nicht reichen sollte, wären auch die Aufwendungen für die Abschreibung der Fernwärme zu kürzen.

Zürich, den 15. November 2000

Im Namen des Regierungsrates  
Die Präsidentin  
Fuhrer

Der Staatsschreiber  
Husi